

## Öffentliche Sitzung

des Klima-, Umwelt-, Energie- und Bauausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung

am Mittwoch, den 01.03.2023

im großen Sitzungssaal des Rathauses

Beginn: 16:02 Uhr

Ende: 18:19 Uhr

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

#### **stellv. Vorsitzender**

Herr Erster Bürgermeister Christian Baron

Herr Bürgermeister Julius Mihm

#### **CDU**

Herr Stadtrat Martin Bläse

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Herr Stadtrat Karl Miller

#### **SPD**

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

#### **Die Linke**

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

#### **Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd**

Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-  
Streit ab 16:16 Uhr.

#### **Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd**

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

#### **FDP/FW**

Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

#### **Ortsvorsteher**

Herr Ortsvorsteher Klaus-Peter Funk

#### **Verwaltung**

Herr René Bantel

#### **Schriftführerin**

Frau Melanie Bihlmaier

#### **Verwaltung**

Herr Dr. Benjamin Birami

Herr Zeno Bouillon

Herr Helmuth Caesar

Herr Gerhard Hackner

Herr Markus Herrmann

Frau Chiara Kriz

Herr Jürgen Musch

Herr Helmut Ott  
Herr Benedikt Stegmaier  
Frau Franka Zaneke

**Abwesend:**

**CDU**

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

**Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

## Tagesordnung

=====

- 1** Einbringung, Vorberatung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2023 der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2026
- 2** Vorstellung des ersten Klimaanpassungsmanagers für Schwäbisch Gmünd
- 3** CO2-Bilanz (Basisjahr 2019) von Schwäbisch Gmünd
- 4** Kinderhaus am See in Schwäbisch Gmünd  
Flachdachsanierung  
Vergabe der Dachabdichtungsarbeiten
- 5** Kanalaustausch Johannesweg und Herzog-Albrecht-Straße (Lindach)  
hier: Vergabebeschluss
- 6** Vergabe der Grünflächenpflege 2023 und 2024 mit Option auf 2025
- 7** Ausblick auf künftige Vorhaben
- 7.1** Solarpark Georgishof
- 8** Bekanntgaben
- 9** Anfragen
- 9.1** Breitbandausbau - Aktueller Stand graue/weiße Flecken
- 9.2** Fußballplatz Wetzgau
- 9.3** Fußweg Hardt/Leutze-Straße
- 9.4** Wohnen an der Stadtmauer - Aktueller Stand
- 9.5** Bebauung WOHA
- 9.6** Ortschaftsratssitzungen - Sitzungsraum

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

**zu 1 Einbringung, Vorberatung und Beschlussfassung über die Wirtschaftspläne 2023  
der Eigenbetriebe Stadtentwässerung, Congress-Centrum Stadtgarten Schwäbisch Gmünd und Fernwärmeversorgung II Bettringen Nordwest einschließlich Zustimmung zu den Finanzplanungen bis 2026  
Vorlage: 010/2023**

**Protokoll:**

Herr Bantel führt in den Sachverhalt ein.

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich, ob die Geschossfläche etc. in die Berechnung mit eingeflossen sei.

Herr Bantel bejaht dies.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 20

**zu 2 Vorstellung des ersten Klimaanpassungsmanagers für Schwäbisch Gmünd  
Vorlage: 038/2023**

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Arnold begrüßt Herrn Dr. Birami.

Herr Dr. Birami stellt sich vor.

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich, ob er schon Gedanken oder Überlegungen habe, wie es von statten gehen solle.

Herr Dr. Birami antwortet, dass er bereits einige Ideen habe, die er mit Frau Zaneck besprechen werde. Es gehe darum, Hitzeinseln zu vermeiden und Luftströme zu lenken, um Kühlungsleistungen zu erzeugen. Es gehe auch um Grüne Urbanität. Er werde sich einarbeiten und ein Konzept vorlegen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen heißt ihn ebenfalls herzlich willkommen. Er sei zuversichtlich. Man habe bereits genauere Zahlen zu den Hitzeinseln und müsse schauen, wie man sie webekomme.

Stadtrat Schwab/SPD führt aus, dass man sich schon länger mit einem integrierten Klimaschutzkonzept beschäftige. Man sei dankbar, dass man einen Klimaanpassungsmanager für die Stadt bekomme. Er sei sehr gespannt auf die Konzepte.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE heißt ihn ebenfalls herzlich willkommen. Seine Forschungsergebnisse seien deprimierend. Er hoffe, dass er sich nicht frustrieren lasse und hoffe, dass er zuversichtlich an die Arbeit herangehe. Er erkundigt sich, auf wie viele Jahre die Stelle angelegt sei und wo die Stelle im Organigramm angesiedelt sei.

Oberbürgermeister Arnold verweist auf die Vorlage. Man habe die Stelle im Rahmen des Projektes durch den Bund finanziert und es sei auf zwei Jahre befristet. Wenn man engagierte Leute halten wolle, müsse man zeitnah über eine Entfristung sprechen. Es gebe eine dreijährige Verlängerungsmöglichkeit.

Frau Zaneck äußert, dass man zwei Jahre sicher habe, eine Verlängerung um drei weitere Jahre sei möglich. Der Klimaanpassungsmanager sei beim Amt 11 zusammen mit den anderen Stellen angesiedelt.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW heißt ihn ebenfalls herzlich willkommen und schließt sich den guten Wünschen an. Man freue sich auf die Zusammenarbeit.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste schließt sich den Vorrednern an. Er freut sich, dass er tätig werde und wünsche viel Erfolg.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen äußert, dass man sich freue und einverstanden sei.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 11

**zu 3      CO<sub>2</sub>-Bilanz (Basisjahr 2019) von Schwäbisch Gmünd  
Vorlage: 032/2023**

**Protokoll:**

Frau Zaneck führt in den Sachverhalt ein.

Frau Kriz stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die CO<sub>2</sub>-Bilanz. Nun habe man eine Basis, auf

der man aufsetzen und sich vergleichen könne. Schlechter werde man auf keinen Fall, davon sei er überzeugt. Man sei auch gar nicht so schlecht wie man immer denke. Man habe einen hohen Anspruch und wolle bis 2035 klimaneutral sein, daher müsse man besser sein als der Durchschnitt. Der kommunale Bereich mache 1,8 Prozent aus. In Summe könnte man es total vernachlässigen, aber man sei das Vorbild und man müsse heran und müsse noch viel tun. Man werde es nicht schaffen, wenn nur die Stadt daran arbeite. Das Gewerbe mache 50 Prozent aus, die privaten Haushalte hätten auch einen großen Anteil. Man müsse die Menschen mitnehmen, Anreize schaffen und eventuell Förderungen bieten. Besser seien aber Förderungen des Landes und des Bundes, da dies der Haushalt der Stadt nicht in großem Umfang hergebe. Man habe ein Problem mit der Umsetzung. Man müsse sich um die großen Dinge kümmern, insbesondere wie man die PV-Anlagen auf Gewerbe und Privatflächen bekomme. Hier sei aber die Infrastruktur nötig, diese müsse die Stadt stellen, die Ausführung erfolge dann über Gewerbe und Private. Hieran müsse man arbeiten. Ein großer Punkt sei auch die Windkraft. Man arbeite vehement und als Vorreiter daran und könne null Ergebnisse vorweisen. Wenn die Verwaltung nicht weiterkomme, solle man die Stadträte als Multiplikatoren nehmen, um Bewegung hereinzubringen. Man müsse dies relativ schnell hinbekommen. Man müsse vor allem die großen Projekte meistern, ansonsten schaffe man die Klimaneutralität bis 2035 nicht. Er findet es sehr schade, dass Frau Kriz das Amt verlasse, da eine gute Basis geschaffen worden sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass auch zu den Ölheizungen dazugehören würden. Die kommunale Wärmeplanung hätte einen großen Anteil, man hoffe auf schnelle Ergebnisse. Hier müsse die Stadt auch Angebote schaffen.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Man sei nun einen Schritt weiter, weil man nun eine klare Datenbasis habe. Er könne sich bei vielen Punkten dem Vorredner anschließen. Beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß würden die ihm vorliegenden Daten zu anderen Ergebnissen führen, es würden viele Dinge fehlen, bspw. Flüge etc. Was sei in den Daten enthalten und was nicht? In einem Punkt widerspreche er. Man sei fast gleich schlecht wie das Land. Man müsse noch viel machen. Bei 1,8 Prozent der kommunalen Gebäude stimme er dem Vorredner zu: Es sei ein kleiner Punkt, aber man sei zum einen das Vorbild. Die Stadt müsse zeigen wie es gehe, ansonsten mache es niemand nach. Man müsse daher vorangehen. Es gebe viele Bereiche, auf die man großen Einfluss habe. Wenn man es hinbekomme, zügig und bald Fahrradwege auch über Zentrum hinweg auszubauen, dann würden viel mehr Menschen mit dem Fahrrad fahren. Er erkundigt sich, ob konkrete Daten der Stadtwerke zu Gas und Strom eingeflossen seien.

Frau Kriz bestätigt dies.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen betont, dass man sehr froh sei, dass man die Stadtwerke und damit eine Einfluss- und Steuerungsmöglichkeit habe. Er erkundigt sich, bis wann man 100 Prozent PV, 100 Prozent Windkraft und 100 Prozent Freiflächen-PV realisiert habe. Selbst wenn alles realisiert sei, habe man die Hälfte erst erreicht. 30 Jahre seien nichts. Und dann habe man kein CO<sub>2</sub> eingespart, sondern nur kompensiert. Man müsse einen großen Teil einsparen, ohne dies gehe es nicht. Zuerst gelte daher die Einsparung, als Zweites müsse man sich als Stadt überlegen, ob man alles brauche, was CO<sub>2</sub> benötige. Es sei wichtig, den Strom aus erneuerbarer

Energie zu gewinnen. 1.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für den Vortrag und sieht sich bestätigt, dass die bisher präsentierten Zahlen nicht ausreichend gewesen seien. Er sei daher froh, dass man dies geändert habe. Trotzdem seien die Zahlen nicht ganz reell, da Flüge und auch Produktionen im Ausland für den eigenen Konsum nicht abgebildet seien. Dennoch sei es eine gute Arbeitsgrundlage. Die Bilanz zeige, dass man 500.000 CO<sub>2</sub>-Äquivalente 2019 ausgestoßen habe. Wenn man dies mit den Folgekosten hochrechne, so komme man auf eine Höhe von 100 Mio. Euro, die man zukünftigen Generationen auflaste. Die Zahlen, bei all ihrer methodischen Schwierigkeit, würden verdeutlichen, wie dringend notwendig man Klimaschutz betreiben müsse. Er hätte sich noch die Grundlagen der Bilanz gewünscht. Man sei grob im landesweiten Durchschnitt, nicht besser. Man müsse dringend über Wege sprechen, wie man es schaffe, dass das Gewerbe und die privaten Haushalte mehr Klimaschutz hinbekommen würden. Details müsse man in der Klausurtagung besprechen. Die Potentiale für erneuerbare Energien schätze er höher ein als dargestellt. Im Bereich Freiflächen gebe es Zielkonflikte, er sei zuversichtlich, dass man künftig mehr Flächen bereitstellen könne.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass niemand einen daran hindere, täglich klüger zu werden.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE bedankt sich für den Vortrag und die Anmerkung von Stadtrat Schwab bezüglich der Folgekosten. Gerade als Klima-, Umwelt-, Energie und Bauausschuss habe man Einfluss auf alle anderen Bereiche. Der direkte Einfluss der Stadt sei relativ gering, die indirekte Einflussmöglichkeit sei jedoch gegeben. Man müsse sich dies bewusstmachen, dann werde man dem neuen Namen gerecht, wenn man dies so umsetze. Der tatsächliche Ausstoß sei viel höher als die Bilanz. Das Bundesumweltamt unterscheide zwischen der Klimaneutralität und der Treibhausgasneutralität. Hier gehe es um Treibhausgasneutralität. Selbst wenn man dies schaffe, sei man von der Klimaneutralität weit entfernt. Es seien jedoch die richtigen Schritte. Es sei Tempo gefragt, hier sei auch der Gemeinderat gefragt.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen bedankt sich für den Vortrag und die Daten. Es sei verführerisch, wenn man das eine mit dem anderen aufrechne. Es zähle jeder einzelne Haushalt. Genauso sei jede einzelne Liegenschaft der Stadt wichtig. Sie warne davor, dass man das eine gegen das andere aufrechne und ausdiskutiere, dies werde dem nicht gerecht. Auch der Netzausbau stoße an seine Grenzen. Man brauche Geld und auch die Handwerker und Firmen. Dies sei endlich. Man könne nicht einzelne Sachen herauspicken, sondern müsse in jedem Segment so viel machen wie möglich sei. Ziel sei immer die CO<sub>2</sub>-Einsparung. Wenn man es klimaneutral herstelle, dann könne man den Ausstoß senken. Man sei sich einig, dass man auf allen Gebieten etwas machen müsse. Sie sehe auch das wollen, daher solle man es auch machen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste bedankt sich für die Aufstellung. Wenn man es positiv sehe, hätten die kommunalen Liegenschaften nur einen Anteil von 1,8 Prozent. Er sei zuversichtlich, wenn man intensiv etwas mache, dann könne man auch relativ schnell etwas machen. Beim Umstand, dass der riesige Anteil an Treibhausgasemissionen nur verändert werden könne, wenn massive Hilfe und Unterstützung von den einzelnen Sektoren komme, insbesondere der Haushalte (Heizung und Ver-

kehr), habe er erhebliche Bedenken. Man lebe in einer Zeit, in der die Wirtschaftsleistung zurückgehe und das Einkommen sinke. Die Belastungen würden zunehmen. Die Demografie zeige eine Überalterung der Gesellschaft. Ein 70-Jähriger Hauseigentümer baue sich nicht für 50.000 Euro eine PV-Anlage auf das Dach, da es keine wirtschaftlich interessante Alternative sei. Man könne die CO<sub>2</sub>-Bilanz nicht gesund radeln. Hierfür fehle jegliche empirische Grundlage. Viele würden mit dem E-Bike fahren, hier würde sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhöhen. Man sei weit von grünem Strom entfernt. Er habe Bedenken, ob man mit dem Fahrradfahrer die kleine Welt hier retten könne. Wenn man die Radfahrer für den wesentlichen Faktor sehe, dann müsse man auch sehen, wie viel CO<sub>2</sub> man durch den Radwege-Bau verbrauche. Dies müsse man dann auch mitberücksichtigen. Was könne die private Wirtschaft leisten, sowohl im industriellen als auch privaten Bereich? Er habe Bedenken, was die Kosten betreffe, was auf den Einzelnen zukomme. Man wolle etwas machen und dies sei richtig, aber man müsse auch die Realität betrachten. Die Planungen müssten auch zur Realität passen. Er erkundigt sich, was beim Stromanteil mit eingerechnet werde.

Frau Kriz antwortet, dass die Daten von den Stadtwerken eingeflossen seien und auch die Aufteilung in die Sektoren. Bei BIKO 2 würde auch noch die Wohnfläche nach Baujahr, Einwohner, Haushaltsgröße etc aus Daten des Statistischen Landesamtes einfließen. Die Daten werden dann noch mit verrechnet. Bei BIKO2 werde nach dem Territorialprinzip ausgewertet, es ende an den Stadtgrenzen von Schwäbisch Gmünd und gehe nicht darüber hinaus. Die hinterlegten Formeln könne sie ebenfalls nicht einsehen. Es seien auch sensible Daten enthalten wie die der Schornsteinfeger etc. Man sei bereits dabei zu prüfen, wie die kommunalen Gebäude saniert werden können.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW bedankt sich für den Vortrag. Er gehöre zu den Zeitgenossen, für die das Glas halbvoll sei, da eine optimistische Lebenseinstellung das Leben schöner mache. Die Zahlen würden zeigen, dass man auf dem richtigen und guten Weg sei, dies bestätige auch der Vergleich mit Land und Bund. Man habe eine Vorbildfunktion als Industrienation, aber diese müsse durch Anreize erfolgen und nicht durch Gängelung und Verbote. Ansonsten werde außerhalb Deutschlands niemand folgen.

Stadtrat Preiß/CDU führt aus, dass Bürgermeister Mihm dabei sei, ein Kataster zu erstellen, wo PV installiert werden könne und wo nicht. Mieter hätten keinen Einfluss. Die Umsetzung sei für ihn daher ein Rätsel. Man müsse an die großen Dinge herangehen. Die kleinen Dinge, ob man Rad fahre oder nicht, seien minimal. Es sei eine Vorbildfunktion und sonst nichts. Herr Schoell habe mitgeteilt, dass sein Geschäft ohne Autos in der Stadt schließen müsse. Ohne Verkehr werde es daher auch in Zukunft nicht gehen. Man könne aus Fehlern lernen. Dass die Grünen bisher Pumpspeicher ablehnen würden, könne er nicht nachvollziehen. Es könne nicht sein, dass man von Braunkohle abhängig sei, wenn es keine Sonne und keinen Wind gebe.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man gerade die Innenstadtbewohner im Blick haben müsse, man benötige ein komplettes Angebot. Dies müsse man aufarbeiten, man sei bereits dran.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass die großen Pumpspeichersysteme problematisch seien. Man benötige eine große Höhendifferenz, diese habe man nur



in Bergregionen. Richtig sei an der Sache, dass man schauen müsse, wie man speichere. Die Umwandlung von Überflüssigem XX in Wasserstoff sei richtig, auch wenn es weniger effizient sei. Wenn man die Stausituation vor dem Tunnelausbau nicht nochmals haben wolle, müsse man etwas ändern. Man müsse daher schauen, dass man von dem Autoverkehr wegkomme, dies verstärke sich durch die Neubaugebiete. Es sei nicht in erster Linie das Fahrrad, es gehe darum, dass man weniger Kfz-Verkehr habe. Insgesamt, nicht nur durch die Umstellung auf E-Autos. Der Stromverbrauch eines E-Bikes sei nicht der Rede wert. Nach dem Fahrrad sei es das sparsamste, was es gebe. Wenn man die Straßen so wie bisher lasse und diese zu Radstraßen umwandle, benötige man kaum CO<sub>2</sub>. Das Beispiel mit dem 70-Jährigen sei ein echtes Problem. Dieses könne man durch Contracting von Wärmepumpen lösen, die Stadtwerke könnten dies machen und seien bereits dran.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es jetzt die Jahre der Weichenstellungen sei, das Thema habe daher einen Schwerpunkt. Ein Punkt, der ihm zu kurz komme sei, dass man die Klimaneutralität ausgerufen habe, man jedoch von den Rahmenbedingungen bei der EU, beim Bund und beim Land abhängt. Man wäre schneller, wenn entsprechende Bedingungen formuliert werden würden. Entsprechende Programme zur Ertüchtigung würden Schwäbisch Gmünd enorm schnell nach vorne katapultieren. Momentan würden Förderungen nach dem Windhundprinzip verteilt. Die Kommunen, die derzeit noch in der Aufarbeitung seien, seien hinten dran. In Artikel Artikel 91a des Grundgesetzes gebe es bewährte Strukturen in der Umsetzung, die Inhalte seien jedoch noch von früher. Man wäre sehr viel schneller voran, wenn es strukturierter ablaufen würde. Er habe den Punkt daher in der Vorlage besonders hervorgehoben.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 11  
nachrichtlich an Amt:

**zu 4**      **Kinderhaus am See in Schwäbisch Gmünd**  
**Flachdachsanierung**  
**Vergabe der Dachabdichtungsarbeiten**  
**Vorlage: 027/2023**

**Protokoll:**

Herr Caesar stellt den Sachverhalt vor (siehe Anlage).

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Vorstellung. Er plädiere dafür, dass man so viel wie möglich beschränkt ausschreibe und es Firmen vor Ort machen würden.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem Vorredner zu. V.a. bei kritischen Gewerken solle man nur Firmen nehmen, die man kenne. Eine Ausschreibung sei hier

hinderlich. Habe man überlegt, statt dem Flachdach ein Steildach vorzusehen? Außerdem erkundigt er sich, wie alt das Gebäude sei.

Herr Caesar antwortet, dass man es nur saniere. Man müsse es ansonsten komplett neu anschauen, es sei dann auch eine statische Frage. Das Gebäude sei sechs Jahre alt.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es um die Sanierung gehe und betont, dass eine beschränkte Ausschreibung eindeutiger politischer Wille sei.

Stadtrat Zengerle/SPD hofft, dass man es schnell sanieren könne.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet die Argumentation nicht schlüssig, da man bei einer Ausschreibung die rechtlichen Vorgaben einhalten müsse. Er erkundigt sich, ob die Förderung aktuell gefährdet oder gewährleistet sei. Eine öffentliche Ausschreibung sei keine Erfindung seinerseits, sondern die Bürger müssten darauf vertrauen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass die Ausschreibung denjenigen zugekommen lassen werden müsse, die Verantwortung hätten. Dies sei bei bekannten Firmen höher als bei anonymen.

Stadtrat Bläse/CDU führt aus, dass es ein Gesetz und Vorgaben gebe, aber es gebe auch einen Spielraum, wie man damit umgehen könne. Die Praxis zeige und Stadtrat Miller habe es bestätigt, dass man mit ortsansässigen Firmen bessere Erfahrungen gemacht habe. Man solle den rechtlichen Spielraum daher nutzen.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE hätte gern eine Stellungnahme von Herrn Schaumann. Herr Caesar äußert, dass man es öffentlich beschränkt ausgeschrieben habe. Warum es beschränkt sei, könne er gerne nachliefern.

Stadträtin Dr. Schwarzkopf-Streit/Freie Wähler Frauen findet es einen Skandal und es sei gut, dass das Problem gelöst werde. Wichtig sei die Kontrolle durch Ingenieure.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass das Kind bereits in den Brunnen gefallen sei, man müsse die Sanierung durchführen. Er erkundigt sich, wann die ersten Mängel aufgetreten seien.

Herr Caesar antwortet, dass dies relativ schnell der Fall gewesen sei, es sei bereits vier bis fünf Mal nachgebessert worden. Die Gewährleistung greife nun nicht mehr.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man schauen müsse, dass die Stadt möglichst schadlos davonkomme. Daher solle das Rechtsamt die Möglichkeit des Regresses prüfen lassen. Bei Ausschreibungen solle man sich an das Vergaberecht halten. Man dürfe nicht die Wirtschaftlichkeit vergessen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass die Wirtschaftlichkeit an diesem Beispiel sehr deutlich werde.

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich, ob das Flachdach aus Folie oder Bitumen bestehe. Bei der Folie sei die Gefahr da, dass diese verrutsche. Er betont, dass die Qualität nichts mit der Firma zu tun habe, sondern es gehe um die Arbeiter. Man könne als

Architekt die Naht nicht prüfen. Man habe öffentlich ausgeschrieben und habe nun genau das, was man nicht haben wollte und müsse mehr bezahlen. Man solle es daher künftig besser angehen. Die Praxis lehre etwas anderes als die Theorie.

Bürgermeister Mihm führt aus, dass es gerade bei diesem Gewerk immer auf Vertrauen ankomme. Dies setze auch eine persönliche Beziehung mit den Firmen voraus. Er schlägt daher vor, dass man gerade bei einem solchen Gewerk schauen müsse, dass man jemanden vor Ort bekomme.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE findet es gut, dass man sich die Grundproblematik der Vergabe vor Augen führe. Es sei wichtig, all die Dinge, auf die man Wert lege, durch die Vergabe zu regeln. Hier könne man sich absichern durch die Ausschreibung. Man habe in der Vergangenheit viele Fehler gemacht. Er erkundigt sich, wie der Stand bezüglich der zentralen Vergabestelle sei.

Herr Ott führt aus, dass man es diskutiert habe. Man habe eine Servicestelle Vergabe beim Tiefbauamt eingerichtet. Diese unterstütze die Ämter bei der Vergabe und unterstützte das formale Verfahren.

Oberbürgermeister Arnold wiederholt, dass es nicht nur um das formale Wort gehe, sondern um die gelebte Wirklichkeit. Warum dürfe man nicht die Erfahrungen aus der Wirklichkeit einbringen und diese werden dann bewertet. Bei sensiblen Gewerken wisse man aus der gelebten Wirklichkeit, dass man besser, günstiger und nachhaltiger mit Firmen aus der Region fahre. Hier würden sich zwei Welten gegenüberstehen. Er wirbt dafür, diesen Aspekt künftig stärker zu gewichten.

Stadtrat Bläse/CDU äußert, dass es sich hier um keinen Ausschreibungsfehler gehe, sondern es gehe um die Ausführung. Der Bauleiter oder Architekt könne dies nicht prüfen, man könne es bei einer Abnahme nicht sehen. Entweder die Naht halte oder nicht. Man habe einen Spielraum und solle diesen zu Gunsten der Stadt nutzen. Mindestlohn etc. würden formell eingehalten werden, aber das Ergebnis zeige, dass es nichts helfe. Wichtig sei, dass es nach Recht und Gesetz gehen müsse, aber man müsse in diese Richtung gehen und schauen, wie man auf Dauer Kosten spare.

Stadtrat Preiß/CDU äußert, dass Stadtrat Dr. Benk theoretisch gut veranlagt sei. Er nennt jedoch ein konkretes Beispiel aus der Praxis. Wenn in der Ausschreibung stehe, dass mindestens eine Person Deutsch sprechen müsse und diese krankheitsbedingt ausfalle, dann werde diese durch keine andere Person ersetzt, die Kommunikation sei dann nicht gegeben. Er habe auch den Fall gehabt, dass eine Firma nie zum Jour Fixe gekommen sei, obwohl dies laut Ausschreibung notwendig gewesen sei. Theorie und Praxis seien zwei paar Stiefel.

Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen bittet um Untersuchung der Schrägdachvariante.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass auch eine perfekte Ausschreibung keine Gewähr biete, eine seriöse Firma zu bekommen. Die Argumentation des Oberbürgermeisters sei daher richtig. Wenn es möglich sei, Firmen vor Ort zu beauftragen, dann habe man eine soziale Kontrolle. Ein Ortsansässiger frage sich, wie er mit der Stadt umgehe.

Herr Schaumann betont, dass alle politisch Recht hätten. Die Problematik seien die gesetzlichen Vorgaben, an diese müsse man sich halten. Es gelte die VOB, diese sei verpflichtend anzuwenden. Es gebe bestimmte Wertgrenzen, die einzuhalten seien und nach denen sich richte, ob öffentlich oder beschränkt ausgeschrieben werden müsse.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass man die Verantwortung trage, nicht wider besseren Wissens zu handeln. Die beste Kontrolle sei daher, wenn man sich politisch einig sei.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Vergabe der Dachabdichtungsarbeiten für das „Kinderhaus am See“ in Schwäbisch Gmünd an die Firma Teichtinger aus Schwäbisch Gmünd mit einer Angebotssumme von 218.470,03 € brutto.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 5 Kanalaustausch Johannesweg und Herzog-Albrecht-Straße (Lindach) hier: Vergabebeschluss Vorlage: 036/2023**

### **Protokoll:**

Stadtrat Bläse/CDU bittet um eine zügige Umsetzung.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE erkundigt sich, ob es eine Kostenschätzung gegeben habe.

Herr Bantel verweist auf die Mitteldeckung.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

### **Beschluss:**

Es sollen Kanalbau- und Leitungsarbeiten in einem Wohngebiet im Ortsteil Lindach erfolgen. In diesem Zuge soll auch der Straßenbelag der Herzog-Albrecht-Straße aufgrund des schlechten Zustandes erneuert werden.

Der Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten auf Nachmaß an die Firma Georg Eichele GmbH aus Schwäbisch Gmünd, gemäß deren Angebot vom 27.01.2023 für Kanalbau- und Leitungsarbeiten in Höhe von 523.240,92 € brutto wird zugestimmt. Der städtische Anteil hiervon beträgt 281.937,85 €.

Die Kosten (brutto) teilen sich hierbei wie folgt auf:

1.	Arbeiten für Stadt Schwäbisch Gmünd	281.937,85 €
	davon Anteil Eigenbetrieb Stadtentwässerung ca.	267.000,00 €
	davon Anteil Haushalt Stadt ca.	14.937,85 €
2.	Arbeiten für Stadtwerke Schwäbisch Gmünd	241.303,07 €
<hr/>		
SUMME	523.240,92 €	

Die Vergabe erfolgt mit dem derzeit gültigen Mehrwertsteuersatz von 19 %.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 66  
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Vergabe der Grünflächenpflege 2023 und 2024 mit Option auf 2025  
Vorlage: 035/2023**

**Protokoll:**

Herr Stegmaier stellt den Sachverhalt vor.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

**Beschluss:**

Die Grünflächenpflege vom 01.04.2023 bis 31.10.2024, mit der Option auf ein Jahr Verlängerung (alle Preisangaben inkl. MwSt) wird vergeben an:

- Los 3: Grünflächenpflege an städtischen Gebäuden an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 24.753,18 EUR pro Jahr.
- Los 7: Grünflächenpflege an Kindergärten an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 38.691,48 EUR pro Jahr.
- Los 9: Grünflächenpflege an Straßen A an die Firma Grün in Form, Giengen, zum Preis von 60.320,36 EUR pro Jahr.

Los 10: Grünflächenpflege an Straßen B an die Firma Gunst & Tomesch, Iggingen,  
zum Preis von 72.697,79 EUR pro Jahr

**Gesamtsumme: 196.462,81 Euro (inkl. MwSt.)**

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 68  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 7      Ausblick auf künftige Vorhaben**

### **zu 7.1      Solarpark Georgishof**

#### **Protokoll:**

Herr Hackner stellt den Sachverhalt vor.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für die Präsentation. Er bittet um nochmalige Prüfung, da die Grenzen der Anlagen nach oben gesetzt worden seien.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich für den Hinweis, den man prüfen werde. Stadtrat Miller/Bündnis 90/Die Grünen begrüßt es. Es sei einer der Punkte, bei denen die Politik beschleunigt habe. Dass die Umweltverträglichkeit trotzdem geprüft werde, sei wichtig. Er bittet um Prüfung, ob die Regelung auch für Landstraßen gelte.

Herr Hackner antwortet, dass man es prüfen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

## **zu 8      Bekanntgaben**

**zu 9      Anfragen****zu 9.1      Breitbandausbau - Aktueller Stand graue/weiße Flecken****Protokoll:**

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich nach dem Planungsstand für graue/weiße Flecken.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass Herr Hofmann sich darum kümmere. Er könne gerne in den Ortschaftsrat eingeladen werden.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.4  
nachrichtlich an Amt:

**zu 9.2      Fußballplatz Wetzgau****Protokoll:**

Stadträtin Dr. Stahl/CDU macht darauf aufmerksam, dass der Fußballplatz hinter der Kolomanhalle in Wetzgau voller Löcher sei und die Tore schief hängen würden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man dies prüfen werde.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 67  
nachrichtlich an Amt:

**zu 9.3      Fußweg Hardt/Leutze-Straße****Protokoll:**

Stadträtin Dr. Stahl/CDU erkundigt sich, wann die Treppen vom Hardt zur Leutze-

Straße wieder aufgemacht werden würden.

Herr Hackner antwortet, dass es sich um ein privates Grundstück handle. Die Stadt habe alle Möglichkeiten geprüft, es habe jedoch nichts geklappt.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass man derzeit bereits an einer Alternative arbeite.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt:  
nachrichtlich an Amt: 60

#### **zu 9.4 Wohnen an der Stadtmauer - Aktueller Stand**

##### **Protokoll:**

Stadtrat Bläse/CDU erkundigt sich nach dem aktuellen Stand des Projektes „Wohnen an der Stadtmauer“.

Herr Hackner antwortet, dass man dran sei. Der Ausführungsplan sei fertig, die Angebote hätten noch gefehlt. Man werde den Bauträger im Frühjahr nochmals ansprechen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:

#### **zu 9.5 Bebauung WOHA**

##### **Protokoll:**

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich nach der Bebauung des ehemaligen WOHA.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es vorangehe. Das Gebäude sei und der Bauantrag eingereicht. Dieser werde geprüft und werde dann vorgestellt. Man sei auf eine Kooperation mit dem Land angewiesen.

Auszug  
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60  
nachrichtlich an Amt:



**zu 9.6 Ortschaftsratssitzungen - Sitzungsraum****Protokoll:**

Stadtrat Geiger/CDU erkundigt sich, ob es bei den Ortschaftsratssitzungen noch Corona-Beschränkungen gebe.

Herr Ott antwortet, dass die Corona-Beschränkungen weggefallen seien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Für die Richtigkeit!

Den .....  
Oberbürgermeister:

Den .....  
Stadtrat:

Den .....  
Schriftführer:

Den .....  
Stadtrat: